Peymann bleibt doch bis August 1986 in Bochum – SPD-Meinungskorrektur nach Spar-Zusage des Schauspieldirektors

geschrieben von Bernd Berke | 28. Januar 1983
Von Bernd Berke

Bochum. Gegen 21 Uhr waren die Würfel gefallen. Bochums SPD-Fraktion korrigierte ihr Votum vom Montag und entschied sich „mit großer Mehrheit“ dafür, den Vertrag des Schauspieldirektors Claus Peymann doch um zwei weitere Jahre zu verlängern.

Es gilt damit als sicher, daß Peymanns Vertrag nunmehr bis zum 31. August 1986 läuft und nicht bereits am 31. August 1984 endet. Wie Peter Hampel, der die Geschäfte der Bochumer SPD führt, gegenüber der WR erklärte, kann das Thema Peymann höchstens dann noch einmal zum Gegenstand der Ratssitzung am 10. Februar werden, wenn eine andere Fraktion – etwa die CDU – einen ausdrücklichen Antrag stellt. Andernfalls verlängere sich Peymanns Vertrag automatisch. Sollte wider Erwarten eine Abstimmung im Rat nötig werden, werde die SPD-Fraktion, so Hampel, sich ihrem gestern gefaßten Beschluß entsprechend verhalten.

Wie weiter zu erfahren war, war der gestrigen Abstimmung der SPD-Fraktion eine dreistündige, „sehr harte und hitzige“ (Hampel) Debatte vorausgegangen. Den Ausschlag hat schließlich vor allem die Tatsaehe gegeben, daß Peymann zuvor dem Bochumer Oberstadtdirektor Herbert Jahofer (SPD) zugesagt hatte, kooperativ an dem von der Stadt angepeilten Finanzkonzept für das Bochumer Theater mitzuwirken. Dies Konzept sieht nach

einem ebenfalls in dieser Woche erfolgten Beschluß des Haupt- und Finanzausschusses vor, für 1983 den Zuschußbedarf der Bühnen bei 17,33 Mio. DM festzuschreiben. Das bedeutet, daß die Zuschüsse – verglichen mit 1982 – auf dem alten Stand „eingefroren“ werden. Mittelfristig sollen weitere Einsparungen durch Einnahme-Steigerungen bzw. Ausgabenkürzungen erzielt werden. Zielvorstellung: Einsparungen von einer bis 1,5 Mio. DM.

Peter Hampel wertete das Votum für Peymann in einer ersten Stellungnahme als „mutige Entscheidung“ angesichts der schlechten Finanzlage. Daß diese Entscheidung vertretbar sei, habe auch einzelnen Mitgliedern der SPD-Fraktion „erst noch vermittelt werden müssen“.